

Beschluss des Landrates vom 08.03.2018

Nr. 1926

29. Publikation von Radon-Messungen 2017/567; Protokoll: mko

Landratspräsidentin **Elisabeth Augstburger** (EVP) informiert, dass der Regierungsrat die Motion entgegen nehme.

Christoph Buser (FDP) sagt, dass die FDP-Fraktion gegen eine Überweisung sei. Es wird hier eine Verschärfung von Richtwerten vorgenommen, was zu Erschwerungen führt, die der Sache hinderlich sind.

Rahel Bänziger (Grüne) führt aus, dass es ihr nicht um eine Verschärfung der Grenzwerte gehe. Das ist bei der neuen Strahlenschutzverordnung schon passiert. Der Motion geht es darum, dass die Radondaten publiziert werden. Bis jetzt führte der Kanton zwei Messreihen von Radonkonzentrationen vorab bei kantonseigenen Gebäuden durch. Dabei zeigte sich, dass in 18 Prozent der gemessenen Räume die Richtwerte (300 Becquerel pro Kubikmeter) überschritten sind und sie deswegen irgendwann saniert werden müssen.

Die Bevölkerung wird über die genauen Messdaten im Dunkeln gelassen. Mit folgender Begründung lehnte der Regierungsrat das Begehren nach einer Publikation dieser Daten ab (nachzulesen in seiner Antwort auf eine ihrer früheren Interpellationen zu diesem Thema): «Eine Publikation der einzelnen Messdaten im Rahmen der vorliegenden Beantwortung oder die Herausgabe der vorhandenen Unterlagen ist aufgrund der Sensibilität des Themas Radon nicht sinnvoll, da die Landratsvorlage im Internet öffentlich einsehbar ist. Eine mögliche Fehlinterpretation der Werte durch Laien soll verhindert werden».

Die Motionärin meint, dass dieses Thema volle Transparenz erfordert. Andere Kantone veröffentlichen ihre Radonmessdaten. Basel-Stadt erstellte z.B. einen ganzen Radon-Bericht inklusive einer Karte mit den belasteten Standorten. In Bern werden die Daten ebenfalls veröffentlicht. Es ist wichtig, dass die Menschen von den belasteten Standorten Kenntnis haben, um entscheiden zu können, ob sie ihr Haus testen lassen möchten. Oder dass jene, die dem BaZ-Artikel «Länger leben dank Radioaktivität» Glauben schenken, dorthin ziehen können.

Im Vorstoss geht es nicht um eine Bevormundung der Bevölkerung, als würde sie das nicht verstehen. Es geht nur um die Transparenz, nicht um eine Verschärfung der Grenzwerte. Diese sollen publiziert werden, wie das in anderen Kantonen bereits geschieht. Um das möglich zu machen, sollen die dazu nötigen Änderungen im Kanton vorgenommen werden.

Béatrix von Sury d'Aspremont (CVP) findet das Thema sehr wichtig und sensibel, weshalb es nötig ist, dieses für die Bevölkerung transparent zu machen und klar auszuweisen, wo es eventuell Gefahrenzonen gibt.

In den Reinacher Primarschulanlagen und in den öffentlichen Gebäuden wurden Messungen durchgeführt, um festzustellen, wo es Handlungsbedarf und Gefahrenstellen gibt. Man bemühte sich dann darum, Abhilfe zu leisten. Es gab keine Panik, keinen Aufruhr in der Bevölkerung. Es wurde im Gegenteil sehr geschätzt, dass offen und transparent informiert wurde. Aus diesem Grund wird die CVP/BDP-Fraktion dem Vorstoss zustimmen.

Christoph Buser (FDP) verdeutlicht, dass auch die FDP-Fraktion für Transparenz sei. Allerdings kann man diese Daten heute im Einklang mit dem Öffentlichkeitsprinzip anfordern. Das Problem sieht die FDP darin, dass es beim Vorliegen von aggregierten Bildern eher zur Verunsicherung

kommt, weil sich die meisten Menschen noch nie mit dem Radon-Problem auseinandergesetzt haben. Festzustellen ist zudem, dass die von der Motionärin vorgelesene Antwort der Regierung ihrer aktuellen Haltung widerspricht, den Vorstoss entgegen zu nehmen. Auf jeden Fall ist die frühere Interpretation (in der Antwort auf die Interpellation von Rahel Bänziger) aus Sicht der FDP die richtige.

Sven Inäbnit (FDP) findet es selbstverständlich, dass an öffentlichen Standorten gemessen wird und die Daten einsehbar sein sollen. Vor einer Publikation ohne konkrete Interpretation ist jedoch zu warnen, weil dies zu einer riesigen Verunsicherung führen würde. Vor seinem geistigen Auge sieht der Votant bereits Eltern, die ihr Kind aus einem Kindergarten nehmen und an einen weniger belasteten Standort verpflanzen wollen usw. Eine Aufklärung der Bevölkerung sieht anders aus, weiss sie doch gar nicht, wie damit umzugehen ist. Und es wird natürlich nicht ausbleiben, dass Sanierungsmassnahmen gefordert werden, auch dann, wenn die Werte zwar erhöht sind, der Grenzwert aber noch eingehalten ist. Dies würde einen Rattenschwanz an Folgemaassnahmen auslösen. Solange die Regierung eine Übersicht über die Grenzwerte hat und bei Bedarf Massnahmen ergreifen kann, ist keine Änderung nötig.

Stefan Zemp (SP) staunt. Alle reden von Transparenz, sogar die FDP. Es steht aber in der Antwort der Regierung, dass eine mögliche Fehlinterpretation der Werte durch Laien vermieden werden soll. In diesem Saal sitzen aber vermutlich lauter Laien. Es gibt vielleicht 3 oder 4 Leute, die wissen, wovon sie reden. Was spricht also dagegen, gegenüber der Bevölkerung bei diesem Thema Transparenz herzustellen und sie aufzuklären? Nichts. Überweisen.

Klaus Kirchmayr (Grüne) glaubt nicht, dass die Angst vor einer Hysterie in der Bevölkerung, weil sie mit der Interpretation der Werte überfordert sei, begründet ist. Es gibt diverse Kantone oder deutsche Bundesländer, welche die Radonwerte regelmässig öffentlich publizieren. Dies führte dort zu einem sachgemässen und auf Fakten basierenden Umgang mit der Thematik. Die Baselbieter Bevölkerung ist mündig genug, damit umzugehen, und nicht dümmer als die Graubündner oder die Baden-Württemberger. Es würde vermutlich eher eine Hysterie provoziert, wenn versucht wird, die Ergebnisse unter dem Deckel halten. Transparenz ist auch im Sinne einer modernen Beziehung zwischen Verwaltung und ihrer Bevölkerung angebracht. Der Votant bittet, die Motion zu überweisen.

Rahel Bänziger (Grüne) weist darauf hin, dass gemäss neuem Öffentlichkeitsprinzip Daten veröffentlicht werden müssen, die von allgemeiner Bedeutung sind. Das heisst aber nicht, dass man sie selber anfordern muss. Dieser Weg sollte vermieden werden. In einzelnen Voten wird die Mündigkeit der Bürgerinnen und Bürger angezweifelt, weil sie scheinbar nicht mit den Werten umgehen können. Was ist aber mit Feinstaub-, Ozon- oder Stickoxidwerten – hat man deren Grenzwerte alle im Kopf? Und bekommt man etwa Angst, wenn diese Daten publiziert werden? Wie in jeder Publikation würde auch beim Radon aufgezeigt, wo das Maximum, wo das Minimum, wo der Grenzwert liegt – und wo etwa der lokale Wert zu liegen kommt. Wieso ist die Bevölkerung mündig genug, um mit Feinstaub- oder Ozonwerten konfrontiert zu werden, aber nicht mit Radonwerten? In den Räumen liegt der Grenzwert bei 300 Becquerel, ab 1000 muss saniert werden. Ein einfaches Begleitschreiben dazu und der Fall ist klar. Als Bewohner möchte man sich doch aber irgendwo informieren können, wenn bekannt ist, dass das Nachbarhaus belastet ist. Übrigens ist für Sanierungsmassnahmen der Eigentümer verantwortlich. Interessiert es einen also nicht, muss man die Messung auch nicht vornehmen lassen. Der Kanton ist dabei aus dem Spiel.

Béatrix von Sury d'Aspremont (CVP) ist von dieser Diskussion etwas überrascht. Klaus Kirchmayr und Rahel Bänziger haben eben gesagt, dass in anderen Kantonen deswegen keine Hysterie herrsche und niemand auf die Barrikaden steige. Warum soll also eine Publikation im Kanton Baselland nicht möglich sein? In Basel und Bern geht das Leben weiter.

Andi Trüssel (SVP) wäre froh, wenn der zuständige Regierungsrat bestätigen könnte, ob sich heute Messwerte anfordern lassen, während bei Annahme der Motion diese künftig allgemein publik gemacht würden. Wenn diese publiziert werden, glaubt der Votant allerdings nicht, dass nachher alle ins Internet rennen um nachzuschauen, ob der Kindergarten oder Gott weiss was radonbelastet ist.

Was heisst ein Nanogramm pro Liter? Ein Bassin von 50 Metern Länge, 20 Metern Breite und 2 Metern Tiefe beinhaltet 2 Millionen Liter Wasser. Wenn man einen halben Zuckerwürfel (= 2 Gramm) hineingibt und umrührt, dann ergibt das ein Nanogramm pro Liter. Das wissen die Leute nicht. Und dann kommt noch der Becquerel daher... Transparenz ist deshalb angesagt. Die SVP-Fraktion schliesst sich der Regierung an und überweist die Motion.

Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) sagt, dass die Messdaten mit öffentlichen Geldern erhoben wurden. Es handelt sich dabei um ein potentiell gesundheitsgefährdendes Gas, weshalb die Bevölkerung Anrecht hat, dass dies publiziert wird. Transparenz ist Gebot der Stunde, weshalb der Regierungsrat die Überweisung beantragt hatte.

://: Mit 59:18 Stimmen wird die Motion überwiesen.
